

**Rede von Herrn Oberbürgermeister Jürgen Roters anlässlich der
Veranstaltung „Brandanschlag in Solingen 1993 – was geht uns
das heute an?“ am 26. Juni 2013, 19:30 Uhr, Historisches Rathaus,
Piazzetta**

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Keltek,
sehr geehrter Herr Albers,
sehr geehrte Frau Beigeordnete Reker,
sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter aus Politik und Verwaltung,
sehr geehrte Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Gesprächsrunde,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich heiÙe Sie herzlich in der Piazzetta des Historischen Rathauses willkommen.

Meine Damen und Herren,
„wir können aus der Erde keinen Himmel machen, aber jeder von uns kann etwas
tun, dass sie nicht zur Hölle wird.“ Diese Überzeugung, diesen Anspruch formulierte
einst Fritz Bauer, der hessische Generalstaatsanwalt, der den Auschwitz-Prozess
vorbereitete.

Die Hölle auf Erden – das müssen auch die Betroffenen des Brandanschlags von
Solingen erlebt haben, der sich inzwischen zum 20. Mal jährt.

Auch in den vergangenen 20 Jahren gehörten Diskriminierung und Ausgrenzung von
Menschen noch immer zum Lebensalltag in Deutschland und auch in unserer Stadt.
Dabei nimmt die Diskriminierung unterschiedliche Formen an. In vielen Fällen ist sie
subtil und nicht auf den ersten Blick erkennbar. Im Gegensatz dazu sprechen
Aktionen rechtspopulistischer Organisationen und ihrer Anhänger eine eindeutige,
menschenfeindliche Sprache.

Es ist unsere Aufgabe als Stadt und Stadtgesellschaft, uns gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zu stellen, rechtsextremem Gedankengut den Boden zu entziehen.

In unserer Stadt sind die diesbezüglichen Aktivitäten vielfältig.

Lassen Sie mich folgende Beispiele hierfür nennen.

„AG Arsch huh“

Am 9. November 1992 wurde auf dem Chlodwigplatz ein Konzert „gegen Rassismus und Neonazis“ von Künstlerinnen und Künstlern der Kölner Musikszene für etwa 100.000 Menschen ausgerichtet; dank Übertragung des Konzertes durch einige Fernsehsender wurde der Titelsong „Arsch huh...“ nicht nur in Köln, sondern auch bundesweit bekannt. Zugleich wurde er auch zum Begriff für ein zivilgesellschaftliches Eintreten für Achtung der Menschenwürde, Solidarität und sozialen Frieden.

Die Veranstaltung und ihre große Resonanz in der Öffentlichkeit waren der Ausgangspunkt für weitere Aktivitäten der Künstlerinnen und Künstler, die nach einer Reihe rassistisch motivierter Gewalttaten in Deutschland dazu beitragen wollten, „die weitverbreitete Sprachlosigkeit zu der Entwicklung in unserem Land zu beenden.“ Durch die Gründung einer Arbeitsgemeinschaft und die unentgeltlichen Auftritte der beteiligten Künstlerinnen und Künstler wurde es möglich, mit Erlösen aus Benefizkonzerten und Verkauf von CD und Dokumentationen zahlreiche Projekte für ein friedliches und respektvolles Miteinander aller Menschen in der Stadt und gegen Ausgrenzung und Gewalt zum Beispiel in Schulen und in der Jugendarbeit zu unterstützen.

1993 organisierte die AG einen stadtpolitischen Kongress unter dem Titel „173 Völker – eine Stadt“, bei dem rund 400 Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Wissenschaft und Kultur Ansätze für ein besseres Zusammenleben einer multiethnischen Bevölkerung Kölns diskutierten.

2008, als ein europaweites Treffen von rechtspopulistischen und rechtsextremen Organisationen im Rahmen eines sogenannten „Anti-Islamisierungs-Kongresses“ in

Köln vorbereitet wurde, war die Arbeitsgemeinschaft „Arsch huh – Zäng ussenander!“ im Bündnis „Köln stellt sich quer: Kein Rassismus bei uns in Köln“ erneut aktiv. Sie trug dazu bei, dass wieder zehntausende Menschen aus Politik, unterschiedlichen Institutionen und Organisationen sowie der Kölner Bevölkerung mobilisiert wurden und geschlossen – und mit Erfolg – gegen Rassismus und Rechtsextremismus auf der Domplatte demonstrierten; das Treffen der Rechten wurde verhindert.

Am 9. November 2012 auf der Deutzer Werft veranstaltete die AG eine Kundgebung und sowie ein Konzert der Kölner Musiker und Künstler als Signal für eine gerechte und solidarische Stadtgesellschaft und gegen die Diskriminierung von Schwachen. Auch diese Veranstaltung fand eine große Resonanz in der Bevölkerung.

„Köln stellt sich quer“

Bei einem erneuten Versuch der sog. „Bürgerbewegung pro Köln“ sowie deren landesweites Pendant, „pro NRW“, in Köln einen Anti-Islamisierungs-Kongress im Jahre 2009 durchzuführen, hat sich das Bündnis „Köln stellt sich quer“ wieder zusammengefunden. Das breite Bündnis, bestehend aus Initiativen, Parteien, Kirchen und Gewerkschaften hat eine große Demonstration ins Leben gerufen. Während sich auf der Hauptkundgebung der „pro-Bewegung“ am 9. Mai nur circa 200 bis 300 Teilnehmende auf einem Schotterplatz neben dem Deutzer Bahnhof einfanden, gingen ungleich mehr Menschen gegen Rassismus auf die Straße.

Im Mai 2011 führte „pro NRW“ den sog. „Marsch für die Freiheit“ vom Bahnhof Deutz über die Deutzer Brücke. Mit von „Köln stellt sich quer“ organisierten Kundgebungen und einem ökumenischen Gottesdienst, an denen sich mehrere Tausend Menschen beteiligten, wurde ein deutliches Zeichen gegen Rechts gesetzt.

Im November und Dezember 2011 sowie Januar 2012 fanden Demonstrationen von „pro Köln“ in Köln-Kalk statt. Mehrere zivilgesellschaftliche Bündnisse, u. a. „Köln stellt sich quer“, riefen zu Protesten auf. Ein breites Netzwerk aus verschiedenen lokalen Gruppen und Initiativen unter dem gemeinsamen Motto „Kalk macht dicht“ hatte sich in unterschiedlicher Form erfolgreich gegen die rechte Propaganda gestellt.

Am 8. Mai 2012 führte das Bündnis „Köln stellt sich quer“ einen Aktionstag „Leben in Freiheit, Demokratie und Vielfalt“ in Köln-Mülheim durch, an welchem sich Projekte, Initiativen und Vereine aus Mülheim mit Informationen, Aktionen und Ständen vorstellten. Der Schwerpunkt lag auf dem gelingenden Zusammenleben in Vielfalt. Ich selbst habe an dem Aktionstag teilgenommen.

Meine Damen und Herren,
doch auch die städtischen Maßnahmen gegen rechtsextremes und fremdenfeindliches Gedankengut in unserer Stadt sind vielfältig und zahlreich – zu zahlreich, um hier mehr als einige Beispiele zu nennen:

- die hervorragende Aufklärungsarbeit durch unser NS-Dokumentationszentrum mit seiner Vielzahl an Aktivitäten und Maßnahmen, die seit 2008 durch die Arbeit der „Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus“ (ibs) sinnvoll ergänzt werden;
- das „Aktionsprogramm für das friedliche Miteinander und gegen Rechtsradikalismus“, das vom Rat der Stadt Köln bereits im Jahre 2000 beschlossen wurde;
- der Beitritt zur Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus sowie das Konzept zur Umsetzung des „Zehn-Punkte-Aktionsplanes gegen Rassismus auf kommunaler Ebene in Europa“, das 2009 vom Rat beschlossen wurde;
- die von unserem Amt für Kinder, Jugend und Familie organisierten Fortbildungsprogramme und Fachtagungen zum Thema Rechtsextremismus für Jugendliche und junge Erwachsene;
- die Beteiligung von Mitarbeitern des Jugendamtes an einem Projekt des IDA, welches ausstiegswilligen Jugendlichen aus der rechtsextremen Szene Hilfestellung leistet;
- die unterschiedlichsten Veranstaltungen unserer Volkshochschule, die gezielt Aufklärungsarbeit betreiben.

Die Liste ließe sich beliebig fortsetzen.

Meine Damen und Herren,
auch wenn unsere Stadt und ihre Bürgerinnen und Bürger sich in unterschiedlichster Form gegen das Erstarren von Rassismus, Rechtsextremismus und

Rechtsradikalismus zur Wehr setzen, dürfen wir doch zu keiner Zeit in unseren Bemühungen gegen menschenverachtendes Gedankengut nachlassen. Rechtsterrorismus ist inzwischen zu einer grausamen, traurigen Wirklichkeit geworden, und rechtsterroristische Anschläge haben auch in unserer Stadt blutende Wunden hinterlassen: Die Explosion einer Nagelbombe in der Keupstraße, bei welcher im Juni 2004 22 Menschen zum Teil schwer verletzt wurden. Und der Anschlag in der Probsteigasse, bei dem 2001 ein Sprengsatz im Lebensmittelgeschäft einer deutsch-iranischen Familie explodierte. Die damals 19-jährige Tochter des Inhabers wurde hierbei schwer verletzt.

Meine Damen und Herren,
wir müssen gemeinsam aktiv, offen und offensiv den Rechtsextremismus und den Rechtsterrorismus in unserer Stadt und in ganz Deutschland thematisieren, diskutieren und ihm entgegentreten. Denn das ist der einzig gangbare Weg hin zu einem friedlichen, respektvollen und toleranten Miteinander!